

Interview mit Bundesrat Flavio Cotti : "Eine aktive Rolle übernommen"

Autor(en): **Cotti, Flavio / Bignasci, Ilaria**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **23 (1996)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910675>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schlüsselrolle der Schweiz

Mit der Übernahme des OSZE-Vorsitzes hat die Schweiz erneut eine Schlüsselrolle im Prozess der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa inne. Dies war bereits zwischen 1973 und 1989 im Rahmen der Gruppe der neutralen und nichtgebundenen Staaten der Fall, die eine vermittelnde Rolle im Ost-West-Konflikt spielte. In Bern wurde ein 20 Mitarbeiter umfassender Koordinationsstab gebildet, ausserdem wurde die Präsenz in den verschiedenen OSZE-Missionen verstärkt.

Forums für Sicherheitskooperation. 1990 wurde ein Vorsitz in Form einer Troika geschaffen. Der administrative Aufwand bleibt dennoch bescheiden, denn die OSZE beschäftigt bloss 150 Personen.

Bosnien im Zentrum

Die allgemeine Verantwortung für die Durchführung der Aufgaben der OSZE obliegt in diesem Jahr der Schweiz, wobei sie von Ungarn und Dänemark unterstützt wird: Leitung der präventivdiplomatischen Operationen, das Ergreifen der Initiative im Krisenfall und bei Verletzungen von OSZE-Verpflichtungen sowie das Präsidium der verschiedenen Organe.



Mit der OSZE-Ministerkonferenz in Budapest wurde im vergangenen Dezember die Schweizer Präsidentschaft eingeläutet. Offiziell begonnen hat sie am 1. Januar 1996. (Foto: Keystone)

Die Realisierung des im Abkommen von Dayton geregelten Dispositivs für den Frieden in Bosnien-Herzegovina steht dieses Jahr im Vordergrund der OSZE-Aktivitäten. Sie ist verantwortlich für die Überwachung der Wahlorganisation, der Menschenrechte und der Massnahmen zur Vertrauensbildung

und Abrüstung. Dabei dürfen allerdings auch die anderen Missionen (Mazedonien, Georgien, baltische Länder, Moldavien, Tschetschenien, Nagorni Karabach usw.) nicht vernachlässigt werden. Zudem gilt es ein Sicherheitsmodell für das Europa des kommenden Jahrhunderts vorzubereiten. ■

Interview mit Bundesrat Flavio Cotti

«Eine aktive Rolle übernommen»

Schweizer Revue: Die Hälfte des Präsidialjahres der Schweiz bei der OSZE ist vorbei. Wie wurde die Präsenz unseres Landes an den «heissen» Fronten der internationalen Diplomatie bei den Ländern aufgenommen, die sich an ein Abseitsstehen der Schweiz gewöhnt hatten?

Flavio Cotti: Die neue Rolle, welche die Schweiz jetzt spielt, wurde im Ausland wohlwollend zur Kenntnis genommen. Wir haben die frühere aussenpolitische Zurückhaltung, die lediglich das Anbieten guter Dienste zuliess, abgelegt und eine aktive Rolle übernommen. Dies im Rahmen klar definierter institutioneller Verantwortlichkeiten gegenüber der internationalen Gemeinschaft.

Diese Aktivitäten der Schweiz sind nicht unbemerkt geblieben.

Hat die multiethnische und multikulturelle politische Tradition der Schweiz die Wirksamkeit der OSZE-Interventionen in Gebieten wie Tschetschenien oder Ex-Jugoslawien, die sich in Bürgerkriegen förmlich zerfleischen, verstärkt?

Die von der Schweiz im Laufe ihrer Geschichte entwickelte politische Kultur beruht nicht auf der Vorherrschaft eines Teils der Bevölkerung, sondern auf der föderalistischen Autonomie und dem politischen Gleichgewicht. Sie stösst auf grosses Interesse. Es ist klar, dass die OSZE-Präsidentschaft der Schweiz

von hoher Sensibilität für die Probleme und Rechte der Minderheiten geprägt ist. Dies erleichtert es uns, all jene ungelösten Probleme des Zusammenlebens unterschiedlicher Ethnien zu verstehen und anzugehen.

Trägt der Vorsitz bei der OSZE nicht auch dazu bei, dass die Bevölkerung ihre misstrauische Haltung gegenüber der Aussenpolitik überwindet, und zwar auf eine Art, welche die Eigenheiten und das Tempo der Eidgenossenschaft respektiert?

Der Bundesrat hat mit seiner Kandidatur für den OSZE-Vorsitz in einem Bereich ein Zeichen der Öffnung setzen wollen, der innenpolitisch auf keine

Opposition stösst. Viele Leute haben vielmehr die Bedeutung dieses Engagements anerkannt und uns unterstützt. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass die OSZE-Präsidentschaft sich auch positiv auf andere Bereiche auswirken wird, zum Beispiel auf die Beziehungen zur UNO.

Das von Ihnen geleitete Aussenministerium repräsentiert auf gewisse Weise einen «Transmissionsriemen» zwischen verschiedenen Mentalitäten. Hat sich Ihre Meinung zu traditionellen Schweizer Werten wie Neutralität oder Föderalismus verändert?

Die Bedeutung der Neutralität hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges tiefgreifend gewandelt. Ihr grundlegendes Prinzip – nämlich die Verpflichtung, sich nicht an bewaffneten Konflikten zu beteiligen – hat jedoch noch immer Gültigkeit. Heute müssen wir einen Schritt weitergehen und uns bewusst werden, dass dieser Grundsatz weder eine aktive Aussenpolitik noch die Beteiligung an internationalen Truppen zur Friedenssicherung ausschliesst. Zum Föderalismus ist zu sagen, dass ihm zwar viele Länder immer noch skeptisch gegenüberstehen, dass er sich aber dennoch zu einem zunehmend

sem Jahr ihre wichtige Rolle unter Beweis gestellt. Welche Bilanz ziehen Sie nach Ablauf der Hälfte Ihres Amtes an der OSZE-Spitze?

Der Friedensprozess in Bosnien-Herzegowina stand im Zentrum unserer Aktivitäten in den ersten sechs Monaten der Präsidentschaft, und ich darf sagen, dass die OSZE darin eine entscheidende Rolle gespielt hat. Letztlich wird es nur dank den Wahlen möglich sein, Bosnien eine demokratisch legitimierte Autonomie zu verleihen und damit den Frieden sowie die Identität Bosniens als Staat zu stärken. Eines meiner weiteren grossen Anliegen bildet die Stärkung der Institutionen der OSZE, damit die Organisation schnell und effizient auf neue Herausforderungen reagieren kann.

Nach den Gipfeltreffen in Genf, in Florenz und zuletzt in Wien sowie nach diversen Besuchen in Sarajewo haben Sie grünes Licht für Wahlen in Bosnien gegeben. War es eine schwierige Entscheidung?

Ja. Voraussetzung zur Durchführung der Wahlen war die minimale Garantie, dass die im Friedensabkommen vereinbarten Prinzipien der Freiheit, Korrektheit und Demokratie eingehalten würden. Dem OSZE-Vorsitzland oblag es, darüber zu entscheiden, ob diese Bedingungen er-



Der improvisierte Coiffeursalon im Hof der OSZE-Mission in Grosny.



Heidi Tagliavini vor dem Tor der OSZE-Mission, zusammen mit ihren Kollegen aus Polen und Ungarn sowie einem russischen Offizier (Mitte) und einem tschetschenischen Leibwächter. (Fotos: zvg)

Persönliche Eindrücke vom Beginn der OSZE-Präsenz in Tschetschenien

«Campieren unter erschwerten Bedingungen»

Vier Jahre schwelte der Konflikt zwischen Moskau und Grosny; Tschetscheniens selbsternannter Präsident Dudajew hatte 1991 seine Unabhängigkeit erklärt, was Moskau nie akzeptierte. Im Dezember 1994 brach

Heidi Tagliavini*

der Konflikt offen aus. Vier Monate heftigster Gefechte hatten die Stadt Grosny und manches Dorf verwüstet. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bemühte sich von Anfang an um Vermittlung.

Im April 1995 wurde ein entsprechendes Mandat zur Unterstützung einer friedlichen Regelung verabschiedet und eine internationale aus sechs Personen (fünf Diplomaten und ein Oberst) zusammengestellte Delegation nach Tschetschenien gesandt. Bundesrat Cotti mass dieser Friedensvermittlerin

* Heidi Tagliavini hat in Genf Russisch, Italienisch und Französisch studiert und steht seit 1982 in Diensten des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten. Von April bis Dezember 1995 war sie für die OSZE in Grosny im Einsatz.

Mission grosse Bedeutung bei und sorgte von Anfang an dafür, dass die Schweiz unter den sechs Delegierten der «OSCE Assistance Group» vertreten war. So landete ich im April 1995 als einzige Frau bei den Eröffnern der OSZE-Mission in Grosny.

Von April bis Dezember beteiligte ich mich an deren Auf- und Ausbau. Unter den vielen in unserem Mandat vorgeschriebenen Aufgaben waren so wichtige Anliegen wie die Förderung einer friedlichen Streitbeilegung u.a. mittels Verhandlungen, das Anhalten zur Achtung der Menschenrechte, der Beistand bei der Rückkehr der zahllosen Flüchtlinge, die Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen usw.

Höhen und Tiefen

Nach schwächlichen harten Verhandlungen durfte ich am 30. Juli 1995 als ersten Höhepunkt unserer friedlichen Bemühungen die Unterzeichnung eines Militärabkommens miterleben. Im täglichen Kontakt mit der Bevölkerung bei Vermittlungsbemühungen und bei der Beobachtung der Menschenrechtslage

lernte ich die Herzlichkeit und Gastfreundschaft, aber auch das Temperament dieses kaukasischen Volkes kennen. Bei Fahrten in Friedensmission über Land erfuh ich hautnah, dass nicht jedes Dorf den abtrünnigen Rebellenführer Dudajew unterstützte. Ich erlebte auch die langsame Unterwanderung des Militärabkommens mit brutalen Attentaten auf zentrale Figuren im Friedensprozess und gegen Ende 1995 gar die zunehmende Umgehung der OSZE.

Bei unserer Ankunft im russischen Militärhelikopter auf dem heftig umkämpften und daher völlig kaputten Flughafen von Grosny war sofort klar, wo wir gelandet waren. Der Eindruck, den die Zerstörung der Stadt auf mich machten, war natürlich am Anfang am stärksten. Erschreckend ist aber, wie schnell man sich an Kriegsrüinen gewöhnt und nach dem ersten Schock plötzlich merkt, dass das Leben überall weitergeht. Die Mädchen kokettieren stark geschminkt und hübsch gekleidet auf den Strassen, und ein reges Marktreiben interessiert allem zum Trotz die Menschen mehr als irgend etwas ande-

res, vielleicht gerade weil der totalen Zerstörung nur mit der Illusion der Normalität die Stirn geboten werden kann.

Mehr Mühe hatte ich mit den vielen russischen Panzern, die mit schwer bewaffneten Soldaten obenauf viel zu schnell durch die Strassen rasten. Dieser Belagerungszustand schaffte viele Spannungen zwischen der Zivilbevölkerung und der Armee und machte bewaffnete Zwischenfälle zum Alltagsgeschehnis.

Stühle als Luxus

Unsere «Assistance Group» bezog ein Haus, das trotz seiner Nähe zum Zentrum und der grossen Zerstörung in der unmittelbaren Nachbarschaft relativ intakt geblieben war. Wir bewohnten einen für den nördlichen Kaukasus typischen aus zwei kleinen Häusern bestehenden Hof mit einer Loggia, die uns im Sommer und bis tief in den Winter als Küche, Wohn- und Arbeitsraum diente. Fenster hatten wir zwar, aber keine Türen. Etwas Gas und eine Wasserleitung im Hof mit sporadischem Wasserfluss gab es auch, aber keine Elektrizität



Flavio Cotti (links) mit dem bosnischen Premierminister Hasan Muratovic. (Foto: RDZ)

wichtigen Element der Konfliktlösung und -prävention entwickelt. Der Föderalismus erlaubt es, staatliche Souveränität und Autonomie unter einen Hut zu bringen. Und von diesen beiden Prinzipien bin ich nach wie vor restlos überzeugt.

Trotz den knappen Finanzmitteln und dem begrenzten Handlungsspielraum hat die OSZE vor allem in die-

füllt sind oder nicht. Ich habe versucht, die Pro- und Kontra-Argumente mit grösstmöglicher Objektivität gegeneinander abzuwägen. Natürlich gibt es einiges zu bemängeln, wenn man den Vergleich mit «normalen» Wahlen anstellt. Wichtig ist jedoch vor allem, dass die Möglichkeit besteht, eine Basis für den Wiederaufbau des Landes zu legen.

Interview: Ilaria Bignazzi